Aktz.: 61 26 HM A 40

Satzung "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt - Aufhebung (H 40/A)"
zur Aufhebung des Bebauungsplanes "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt (H 40)"

I. *Vermerk*

über die frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

A) Formalien

Dauer des Beteiligungsverfahrens:	11.04.2025 - 14.05.2025
Anzahl der beteiligten TÖB: 48	Anzahl der Antworten von TÖB: 18

Vorkoordinierungstermin mit den Fachämtern der Stadt und TÖB: 13.05.2025

Folgende Träger öffentlicher Belange teilen mit, dass ihre Belange nicht berührt sind bzw. keine Stellungnahme erforderlich ist:

- **12 – Amt für Stadtforschung und nachhaltige Stadtentwicklung**
- **50 – Amt für soziale Leistungen**
- **37 – Feuerwehr**
- **60 – Bauamt, Abt. Denkmalpflege**
- **Autobahn GmbH**
- **Eisenbahn-Bundesamt**
- **Handelsverband Südwest e.V.**
- **Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz**
- **Landesbetrieb Mobilität Worms (LBM)**
- **Mainzer Netze GmbH**
- **Telekom Deutschland GmbH**
- **Vodafone GmbH**

B) Anregungen aus dem Anhörverfahren

1. 61.03 – Stadtplanungsamt, Abt. Straßenbetrieb
- Schreiben vom 14.04.2025-

Äußerungen zu Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

- Keine Äußerungen zu Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

Sonstige Anregungen

- Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei der Mombacher Hochstraße um eine gewidmete Verkehrsfläche handelt. Bis zur abschließenden Niederlegung der Momacher Hochstraße müsse aus rechtlichen Gründen die Widmung bestehen bleiben. Das Aufhebungsverfahren dürfe dem Abriss der Hochstraße nicht entgegenstehen.

Stellungnahme

Der geplante Rückbau der Mombacher Hochstraße verläuft in einem separaten Verfahren. Die Aufhebung des Bebauungsplanes "H 40" steht diesem nicht entgegen. Auch folgt aus der Aufhebung des Bebauungsplans "H 40" nicht die Pflicht der Stadt Mainz zur sofortigen straßenrechtlichen Einziehung der Hochstraße.

Abwägungsergebnis

Den Anregungen kann in o.g. Umfang gefolgt werden.

2. 67 – Grün- und Umweltamt

- Schreiben vom 15.05.2025 -

Äußerungen zu Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

- Für das Aufhebungsverfahren seien folgende Gutachten erforderlich:
  - Umweltbericht
    gemäß §§ 2(4) und 2a BauGB i.V.m. § 1(6) BauGB und Anlage 1 i.V.m. § 1(8) BauGB

Stellungnahme

Nach dessen Fertigstellung wird der Umweltbericht Bestandteil der Begründung der Satzung "H 40/A" und nimmt am weiteren Verfahren teil.

- **Naturschutz und Artenschutz, Landschaftsbild, Naherholung**
  - Es wird erläutert, dass der Hartenbergpark zwei verschiedenen naturschutzrechtlichen, sich überlagernden Schutzkategorien unterliegt.
    - Flächennaturdenkmal "Vogelschutzgebiet auf dem Hartenberg" (ND)
      Dieses umfasse allerdings ausschließlich ein kleines bebautes Areal.
    - Landschaftsschutzgebiet "Gonsbachtal" (LSG)
      Dieses schütze einen schmalen Streifen des Waldgebietes des Hartenbergparkes, welcher sich westlich der Verkehrsflächen befindet.
  - Durch die Aufhebung des Bebauungsplans "H 40" entstünden keine erkennbaren naturschutzrechtlichen Konflikte hinsichtlich der Schutzzwecke der benannten Schutzgebiete.

- Die Aufhebung und der Abriss der Mombacher Hochstraße trage im Gegenteil zur Verbesserung des Landschaftsbildes und der Naherholungsfunktion bei.

- Ebenso werde die übergeordnete Planung vernetzter Biotopsysteme, die den Hartenbergpark beinhaltet, und die Ziele und Maßnahmen des Landschaftsplanes von 2015 durch die Aufhebung in keiner Weise tangiert.

- Es wird angemerkt, dass im Zusammenhang mit dem parallel laufenden Bauleitplanverfahren "Gewerbegebiet Mombacher Straße (H 102)" bereits eine Biotopkartierung und eine artenschutzfachliche Potentialanalyse für einen großen Teil des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes "H 40" durchgeführt wurden. Die konkreten artenschutzrechtlichen Belange des Abrisses der Hochbrücke seien ebenso in einem gesonderten Verfahren schon abgearbeitet. In diesem Kontext habe ebenso eine Biotopkartierung stattgefunden. Für die Umweltprüfung des Aufhebungsverfahrens seien somit keine weiteren Untersuchungen hinsichtlich der naturschutzfachlichen Belange erforderlich.

Stellungnahme

Das Landschaftsschutzgebiet "Gonsbachtal" und dessen Schutzzwecke sowie der Hinweis auf das Flächennaturdenkmal "Vogelschutzgebiet auf dem Hartenberg" werden in der Begründung der Satzung "H 40/A" aufgenommen.

- **Klimaökologie, lokales Klima**

  - Seitens der Klimaökologie und des lokalen Klimas seien keine weiteren vertiefenden Untersuchungen im Rahmen des Aufhebungsverfahrens erforderlich.

- **Altlasten, Bodenschutz**

  - Gegen die Aufhebung des Bebauungsplanes "H 40" bestünden aus bodenschutzrechtlicher Sicht keine Bedenken.

  - Das Aufhebungsverfahren habe keine Konfliktwirkung auf die vorhandenen Altstandorte und Verdachtsflächen. Weitere Untersuchungen seien somit entbehrlich.

- **Wasserwirtschaft**

  - Es wird darauf hingewiesen, dass Teile des Geltungsbereiches innerhalb des festgesetzten Überschwemmungsgebietes (ÜSG) "Gonsbach / Aubach" liegen. Das Überschwemmungsgebiet sei in den Umweltbericht nachrichtlich zu übernehmen.

  - Auswirkungen auf das Aufhebungsverfahren seien nicht erkenntlich.

Stellungnahme

Der Hinweis festgesetzten Überschwemmungsgebietes (ÜSG) "Gonsbach / Aubach" wird in die Begründung der Satzung "H 40/A" aufgenommen.

- **Schallschutz**

  - Es wird erläutert, dass sich durch die bereits erfolgte Außerbetriebnahme der Mombacher Hochstraße deren Verkehre im Straßennetz verteile.

  - Die schalltechnischen Auswirkungen seien gutachtlich untersucht worden. ("Schalltechnische Untersuchung zur Außerbetriebnahme der Mombacher Hochstraße in Mainz Mombach", Ingenieurbüro Pies, 07.01.2019, sowie ergänzende "Neuberechnung der Verkehrsgeräuschemissionen Mombacher Str. Hausnummer 101, 103, 105, 107, 109" vom 31.07.2023.)

  - In den durchgeführten Untersuchungen seien Ansprüche auf die Erstattung von Schallschutzmaßnahmen festgestellt worden. Diese seien in einem separaten Verfahren bereits abgewickelt worden.

  - Die Aufhebung des Bebauungsplans löse keine schalltechnischen Konflikte aus, da diese bereits zur Außerbetriebnahme der Mombacher Hochstraße ermittelt und gelöst worden seien.

- **Luftreinhaltung**

  - Seit Juli 2021 könne es eine zusätzliche Belastung, insbesondere für die Anwohner:innen der "Mombacher Straße", im Bereich des Bebauungsplanes "H 40" durch Abgase des Verkehrs geben, welcher früher über die Mombacher Hochstraße geführt wurde. Das würde sich durch die formelle Aufhebung des Bebauungsplanes "H 40" nicht (weiter) ändern. Es wird hierzu auf die Stellungnahme vom 03.04.2023 des parallel laufenden Bauleitplanverfahres "Gewerbegebiet Mombacher Straße (H 102)" hingewiesen.

  - Immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen der 4. Bundes-Immissionsschutzverordnung seien im Bereich des Bebauungsplanes "H 40" nicht vorhanden. Insofern bestünden diesbezüglich keine weiteren Bedenken gegen das Aufhebungsverfahren "H 40/A".

  - Es wird bezüglich der Belange der 12. BImSchV (Störfallverordnung) gegebenenfalls die Beteiligung der hierfür zuständigen oberen Immissionsschutzbehörde (SGD Süd) empfohlen.

  - Nach vorliegender Informationen wurde der in 2022 genehmigte Wasserstofftank der Firma Schott Ende 2024 wieder rückgebaut. Eine Betroffenheit des Geltungsbereiches des Aufhebungsverfahrens "H 40/A" zu störfallrechtlich relevanten Anlagen existiere demnach derzeit lediglich weiterhin für die nördlichste Spitze des Bebauungsplanes "H 40" durch den Achtungsabstand des Betriebs der Firma Prefere Paraform.

Stellungnahme

Die oberen Immissionsschutzbehörde - SGD Süd – wurde im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB beteiligt. Eine Stellungnahme liegt bereits vor.

Der Hinweis auf den Achtungsabstand des Betriebs der Firma Prefere Paraform hinsichtlich der Belange der 12. BImSchV (Störfallverordnung) wird in die Begründung der Satzung "H 40/A" aufgenommen.

Abwägungsergebnis

Den Anregungen kann in o.g. Umfang gefolgt werden.

3. Deutsche Bahn AG

- Schreiben vom 15.05.2025 -

Äußerungen zu Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

- Keine Äußerungen zu Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

Sonstige Anregungen

- Innerhalb des Geltungsbereiches der Satzung "Stadtkerntangente I.Bauauschnitt – Aufhebung (H 40/A)" befände sich die Bahnstrecke 3523: Morschheim-Mainz, ca. km 47,8 bis 48,7 rechts der Bahn.

- Es wird mitgeteilt, dass das Aufhebungsverfahren "H 40/A" keine Auswirkungen auf den betroffenen Streckenabschnitt sowie auf das Standortgelände des Anlagen- und Instandhaltungsmanagement Mainz der DB InfraDO AG in der "Mombacher Straße" habe.

- Zudem wird auf den Abriss der bereits gesperrten Mombacher Hochstraße eingegangen. Die Hochstraße kreuze an 3 Punkten verschiedene Bahnlinien im Mainzer Stadtgebiet.

- Hierbei wird darauf hingewiesen, dass der Abriss der DB InfraDO AG bekannt sei, aber Seitens der Stadt Mainz in jüngster Vergangenheit keine Informationen mehr an die Deutsch Bahn gelangten.

- Diesbezüglich werde die Stadt Mainz aufgefordert mit dem dafür erforderlichen Vorlauf auf das Anlagen- und Instandhaltungsmanagement Mainz der DB InfraDO AG zuzugehen, um die, aus dem Rückbau der Hochstraße resultierenden, temporären Einschränkungen für die Kreuzungspunkte zu besprechen.

Stellungnahme

Der geplante Rückbau der Mombacher Hochstraße verläuft in einem separaten Verfahren. Die Aufhebung des Bebauungsplanes "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt (H 40/A)" steht diesem nicht entgegen. Die Koordinierung der Abrissarbeiten sind nicht Gegenstand des Aufhebungsverfahrens. Die Hinweise werden an die zuständige Fachstelle der Stadt Mainz weitergeleitet.

Abwägungsergebnis

Den Anregungen kann in o.g. Umfang gefolgt werden.

4. Generaldirektion Kulturelles Erbe - Direktion Landesarchäologie Erdgeschichtliche Denkmalpflege

- Schreiben vom 13.05.2025 -

Äußerungen zu Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

- Keine Äußerungen zu Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

Sonstige Anregungen

- Aus Sicht der Denkmalfachbehörde GDKE, Direktion Landesarchäologie, Erdgeschichtliche Denkmalpflege bestünden keine Bedenken.

- Es wird mitgeteilt, dass die GDKE, Direktion Landesarchäologie, Erdgeschichtliche Denkmalpflege am weiteren Bauleitplanverfahren nicht mehr beteiligt werden müsse.

- Dabei wird darauf hingewiesen, dass sich diese Stellungnahme ausschließlich auf die Belange der Erdgeschichtlichen Denkmalpflege bezieht und gesonderte Stellungnahmen der Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Mainz sowie der Direktion Landesdenkmalpflege, Fachbereich Praktische Denkmalpflege Mainz vorbehalten bleiben und gegebenenfalls noch einzuholen seien.

Stellungnahme

Die GDKE, Direktion Landesarchäologie, Erdgeschichtliche Denkmalpflege wird im weiteren Verfahren nicht mehr beteiligt.

Die GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Mainz sowie der Direktion Landesdenkmalpflege, Fachbereich Praktische Denkmalpflege Mainz werden am weiteren Verfahren beteiligt.

Abwägungsergebnis

Den Anregungen kann gefolgt werden.

5. Landesamt für Geologie und Bergbau

- Schreiben vom 13.05.2025 -

Äußerungen zu Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

- Keine Äußerungen zu Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

Sonstige Anregungen

- Es bestünden aus Sicht des Landesamtes für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz zum Planvorhaben folgende Anregungen und Hinweise:

- **Bergbau / Altbergbau**

  - Im Bereich der Satzung "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt - Aufhebung (H40/A)" sei kein Altbergbau dokumentiert und es erfolge aktuell kein Bergbau unter Bergaufsicht.

  - Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes befände sich innerhalb der Aufsuchungserlaubnis "Mainz" für Erdwärme. Inhaberin der Berechtigung sei die Firma EVI Energieversorgungsgesellschaft Ingelheim mbH.
    Es wird empfohlen die Inhaberin über die genaueren Planungen und Vorhaben in Kenntnis zu setzen beziehungsweise sich mit dieser in Verbindung zu setzen.

Stellungnahme

Da es sich um ein Aufhebungsverfahren handelt, wird der Hinweis zur Aufsuchungserlaubnis "Mainz" für Erdwärme zur Kenntnis genommen, ist für die Bauleitplanung jedoch nicht relevant.

- **Geologiedatengesetz (GeoIDG)**

  - Nach dem Geologiedatengesetz sei die Durchführung einer Bohrung bzw. geologischen Untersuchung spätestens 2 Wochen vor Untersuchungsbeginn beim Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz anzuzeigen.

  - Es wird hierzu auf das Online-Portal sowie den Fragenkatalog des Landesamtes für Geologie und Bergbau verwiesen:
    https://geoldg.lgb-rlp.de

Stellungnahme

Der vorgebrachte Hinweis zum Geologiedatengesetz wird zur Kenntnis genommen, ist jedoch nicht für das Aufhebungsverfahren relevant.

Abwägungsergebnis

Den Anregungen kann in o.g. Umfang gefolgt werden.

6. Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd - Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz

- Schreiben vom 29.04.2025-

- **Allgemeine Wasserwirtschaft - Gewässer/Hochwasserschutz**

  - Aus Sicht der allgemeinen Wasserwirtschaft bestünden gegen die Aufhebung des Bebauungsplanes "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt (H 40)" keine Bedenken. Es wird dennoch darauf hingewiesen, dass nachfolgende Hinweise bei einer weiteren Überplanung des Gebietes zu beachten seien:

    - <u>Gewässer/Hochwasserschutz</u>

      - Im nördlichen Teil des Gebiets durchquere der Gonsbach (Gewässer III. Ordnung) das Gebiet, und in diesem Abschnitt sei er verrohrt.
        Die Abflusskapazität der Gonsbachverrohrung sei begrenzt, sodass es bei seltenen Hochwasserereignissen zu Ausuferungen oberhalb der Verrohrung komme.

      - Der nordwestliche Bereich des Gebietes liege im gesetzlich festgesetzten Überschwemmungsgebiet (HQ100).

      - Zudem wird darauf hingewiesen, dass sich fast das gesamte Gebiet im "Risikogebiet außerhalb von Überschwemmungsgebieten" befinde. Bei einem sehr außergewöhnlichen Hochwasserereignis (HQ Extrem) sei mit der Flutung der gesamten Fläche zu rechnen.

Stellungnahme

Hinsichtlich des Hochwasserschutzes werden durch das Aufhebungsverfahren "H 40/A" keine weiteren Konflikte ausgelöst. Der Hinweis auf das festgesetzte Überschwemmungsgebiet, sowie auf das Risikogebiet bei sehr außergewöhnlichen Hochwasserereignis, wird im Umweltbericht als Teil der Begründung der Satzung "H 40/A" aufgenommen.

    - <u>Sturzflutgefährdung</u>

      Gemäß der Sturzflutgefahrenkarte bestünde für Teile des Gebietes eine Sturzflutgefährdung nach Starkregenereignissen.

Stellungnahme

Durch das Aufhebungsverfahren "H 40/A" werden keine weiteren Konflikte auf die vorhandene Sturzflutgefährdung für die Teile des Geltungsbereiches ausgelöst.
Änderungen an der Bestandssituation sind durch die Aufhebung des Bebauungsplanes "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt (H 40/A)" nicht zu erwarten.

- **Abwasserbeseitigung**

  - Hinsichtlich der Abwasserbeseitigung bestünden gegen die Aufhebung des Bebauungsplanes "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt – Aufhebung (H 40)" keine Bedenken.

  - Bei einer weiteren Überplanung des Gebietes solle die neue Entwässerungskonzeption gemäß den derzeit gesetzlichen Anforderungen gestaltet werden.

Stellungnahme

Hinsichtlich der Abwasserbeseitigung werden durch das Aufhebungsverfahren "H 40/A" keine Konflikte ausgelöst. Bei einer Überplanung des Geltungsbereiches durch einen Bebauungsplan wird die Abwasserbeseitigung erneut geprüft und bewertet.

- **Bodenschutz**

  - Im Sinne des Bodenschutzes bestünden gegen die Aufhebung des Bebauungsplanes "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt – Aufhebung (H 40)" keine Bedenken.

  - Der Geltungsbereich der Satzung "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt – Aufhebung (H 40/A)" überschneide sich mit verschiedenen, im Bodenschutzkataster verzeichneten, bodenschutzrelevanten Flächen.

  - Diese Verdachtsflächen und Altstandorte seien bei der Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes sowie in Baugenehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

  - Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass gegebenenfalls im Verdachtsflächenkataster der Stadt Mainz weitere Eintragungen von Altstandorten und Verdachtsflächen vorliegen, die bislang im Bodenschutzkataster nicht erfasst sind.

Stellungnahme

Das Aufhebungsverfahren "H 40/A" stehen nicht im Konflikt mit den vorhandenen Altstandorten und Verdachtsflächen. Bei einer Überplanung des Geltungsbereiches durch einen Bebauungsplan werden die bodenschutzrechtlichen Belange bzw. den altlastverdächtigen Altstandorte gesondert behandelt.

Abwägungsergebnis

Den Anregungen kann in o.g. Umfang gefolgt werden.

Mainz, 18.09.2025

[redacted]

Avenarius

II. Dem Amt 67, Umweltkoordination per Email z. K. und z. w. V. hinsichtlich der Umweltprüfung
Den tangierten Fachämtern und 61.2.1.8 und 61.2.3.4 (zur Fortschreibung der Verfahrensdaten) per Email z. K.
sodann z. d. lfd. A.

[redacted]

Mainz, 18.09.2025
61-Stadtplanungsamt

[redacted]

Strobach

[redacted]

23871

TÖB 1

61 20 [illegible]

Zu den lfd. Akten

Mainz, 15.04.25

Aufhebungsverfahren "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt - Aufhebung (H 40/A)", hier: Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange § 4 Abs. 1 BauGB

Ute Moerbel an TOEB Stadtplanungsamt 14.04.2025 16:27
Kopie Ulf Gerth

Von Ute Moerbel/Amt61/Mainz
An TOEB Stadtplanungsamt/Amt61/Mainz@Mainz
Kopie Ulf Gerth/Amt61/Mainz@Mainz

Anbei die Stellungnahme des Straßenbetriebes

61_3 Rückantwort H40-A.pdf

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Ute Mörbel

Landeshauptstadt
Mainz

Stadtverwaltung Mainz
61 - Stadtplanungsamt

Eingang: 14. Mai 2025

Antw. Dez.	z. d. lfd. A		Wvl.		R				
Abt.:	0		1		2		3		4
SG:	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9
SB:	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9

Landeshauptstadt Mainz
Stadtplanungsamt

Abt. Straßenbetrieb
Ute Mörbel
Dipl.-Ing. (FH)
Postfach 3820
55028 Mainz
Zitadelle Bau C
Tel. 06131 12-33 00
Fax 06131 12-3952
www.mainz.de

193

Stadt Mainz: Frühzeitige Unterrichtung der Behörden

Mit der frühzeitigen Beteiligung gem. **§ 4 Abs. 1 BauGB** wird Ihnen zu dem betreffenden Planverfahren Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen Ihrer Belange gegeben. Zunächst sollte die Stellungnahme die Information zu vorliegenden Grundlagendaten, von Ihnen beabsichtigten Planungen im konkreten Bereich und insbesondere Hinweise auf Umfang und Detaillierungsgrad der erforderlichen Umweltprüfung enthalten.

Die Beteiligung der Behörden als Anhörverfahren gemäß § 4 Abs. 2 BauGB findet separat im weiteren Verlauf des Verfahrens statt.
Bitte verzichten Sie – insbesondere bei dieser frühzeitigen Beteiligung der Behörden – auf Textbausteine mit allgemeinen Hinweisen ohne Bezug zur vorliegenden Planung oder zu der erforderlichen Umweltprüfung. Ihre Stellungnahme kann selbstverständlich auch ohne dieses Formular auf Ihrem Briefpapier erfolgen. Bitte orientieren Sie sich auf jeden Fall an der inhaltlichen Gliederung des Formblattes.

Stadtverwaltung Mainz Stadtplanungsamt Zitadelle Bau A Postfach 38 20 55028 Mainz	Bearbeiter: Tel.: Fax: E-Mail: **Aktz.:**	Avenarius 06131 - 12 32 48 06131 - 12 26 71 lara.avenarius@stadt.mainz.de **61 26 HM A 40**
Verfahren / Planung / Projekt: Satzung "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt - Aufhebung (H 40/A)" zur Aufhebung des Bebauungsplanes "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt (H 40)"		
Frist: spätestens bis 14.05.2025 **Erörterungstermin:** Datum: 13.05.2025 Uhrzeit: 10:00 Ort: Zitadelle / Bau A - 0Z.006 - Besprechungsraum	*Eingang:*	

Stellungnahme der Behörde oder des sonstigen Träger öffentlicher Belange

Name / Stelle des Trägers öffentlicher Belange (mit Anschrift und Tel. / Fax / E-Mail)

Stadtverwaltung Mainz
Abt. Straßenbetrieb
Zitadelle Bau C
55131 Mainz

☐ Keine Stellungnahme erforderlich

☑ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können mit Angabe des Sachstands:

Abriß der Hochstraße
Bei der Mombacher Hochstraße handelt es sich um eine gewidmete Verkehrsfläche. Bis zur abschließenden Niederlegung der Hochstraße muss aus rechtlichen Gründen die Widmung bestehen bleiben. Die Aufhebung des Bebauungsplanes darf dem Abriss der Hochstraße nicht entgegenstehen.

Art und Umfang der erforderlichen Umweltprüfung (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB):

Bitte Angaben ausschließlich aus Ihrem fachlichen Zuständigkeitsbereich.

Vertiefende Untersuchungen zu den Belangen des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landespflege im Rahmen der Umweltprüfung sind erforderlich für Auswirkungen auf:

a)
- ☐ Tiere
- ☐ Pflanzen
- ☐ Boden
- ☐ Wasser
- ☐ Luft
- ☐ Klima — und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen -
- ☐ Landschaft
- ☐ biologische Vielfalt

b) ☐ die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und der europäischen Vogelschutzgebiete i. S. d. BNatSchG

c) ☐ Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt, soweit diese umweltbezogen sind

d) ☐ Auswirkungen auf Kultur- und sonstige Sachgüter, soweit diese umweltbezogen sind

e) ☐ die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern

f) ☐ die Nutzung erneuerbarer Energien sowie der sparsame und effiziente Umgang mit Energie

g) ☐ die Darstellung von Landschaftsplänen sowie von sonst. umweltbezogenen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechtes

h) ☐ die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualitäten in bestimmten Gebieten

i) ☐ die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes nach den Buchstaben a), c) und d)

Begründung der Notwendigkeit der vertiefenden Untersuchung und insbesondere der Rechtsgrundlagen:

14. April 2025 — 61.3 - Stadtplanungsamt

Ort, Datum — Dienststelle — ng

TÖB 2

Landeshauptstadt
Mainz

Stadtverwaltung Mainz
61 - Stadtplanungsamt

Stadtverwaltung Mainz | Amt 67 | Postfach 3820 | 55028 Mainz

Eingang: 13. Mai 2025

entw. Dez.	z. d. lfd. A	Wvl.
Abt.:	0	1	2	3
SG:	0	1	2	3	4	5	6	7
SB:	0	1	2	3	4	5	6	7

61-Stadtplanungsamt
Frau Avenarius

vorab per E-Mail
toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de
lara.avenarius@stadt.mainz.de

Grün- und Umweltamt
Amtsleitung

[redacted]

Fach 3820
28 Mainz
E | 1.OG | Zi 1 - 4
Schwister-Scholl-Straße 4

Ansprechperson
Lara Schmid
06131 12-4178
06131 12-2260
lara.schmid@stadt.mainz.de
.mainz.de

Mainz, 15.05.2025

Aufhebungsverfahren „Stadtkerntangente I. Bauabschnitt – Aufhebung (H40/A)“
hier: frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange § 4 Abs. 1 BauGB
(Ihr Aktenzeichen: 61 26 –HM A 40)
Aktenzeichen: 670516 H40_A

Sehr geehrter Frau Avenarius
sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem im Betreff genannten Verfahren und Verfahrensschritt teilen wir unseren Aufgabenbereich betreffend folgendes mit:

Das Ziel des Bebauungsplans (Bplan) „Stadtkerntangente I. Bauabschnitt (H 40)“ von 1967 stellte Herstellung der planungsrechtlichen Grundlage für die Mombacher Hochstraße dar. Diese wurde bis 1969 fertiggestellt. Auf Grund von baulichen Mängeln ist es geplant, diese im Jahr 2026 abzureißen. Der H 40 ist zudem seit den 1990 Jahren nur mehr rechtsscheinerweckend.
Vor diesem Hintergrund und im Rahmen der Ausweisung des den H 40 im Wesentlichen überlagernden Bplans „Gewerbegebietes Mombacher Straße (H102)“ soll der H 40 aufgehoben werden.
Der H 40 liegt, wie der H 102, im Achtungsbereich von Störfallbetrieben. Insofern ist für dessen Aufhebung gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 3 sowie § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB die Anwendung eines vereinfachten oder beschleunigten Verfahrens ebenfalls ausgeschlossen und die Erstellung eines Umweltberichts erforderlich.

1. **Natur- und Artenschutz, Landschaftsbild, Erholung**
   Der Geltungsbereich wird im Wesentlichen durch die vorhandenen öffentlichen Verkehrsflächen geprägt. Östlich der Mombacher Straße schließen sich das Mombacher Gewerbegebiet und Bahnflächen an.
   Westlich der Verkehrsflächen liegen von Nord nach Süd Gartenflächen der Rheinhessen Fachklinik und ein schmaler Streifen des Waldgebietes des Hartenberg Parkes und einige wenige Gebäude im Plangebiet.
   Der Hartenberg Park selber unterliegt zwei verschiedenen naturschutzrechtlichen, sich überlagernden Schutzkategorien.

19

Es ist zum einen das Flächennaturdenkmal (ND) „Vogelschutzgebiet auf dem Hartenberg". Dieses umfasst allerdings im H 40 ausschließlich ein kleines bebautes Areal. Zum anderen ist es das Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Gonsbachtal", welches den oben erwähnten schmalen Waldstreifen im Plangebiet schützt.
Durch die Aufhebung des Bebauungsplans H 40 entstehen keine erkennbaren naturschutzrechtlichen Konflikte hinsichtlich der Schutzzwecke der benannten Schutzgebiete. Die Aufhebung und der Abriss der Hochstraße tragen im Gegenteil zur Verbesserung des Landschaftsbildes und der Naherholungsfunktion bei.
Ebenso werden die übergeordnete Planung vernetzter Biotopsysteme, die den Hartenberg Park beinhaltet, und die Ziele und Maßnahmen des Landschaftsplanes von 2015 durch die Aufhebung in keiner Weise tangiert.
Im Zusammenhang mit dem H 102 wurden bereits eine Biotopkartierung und eine artenschutzfachliche Potentialanalyse für einen großen Teil des Geltungsbereiches H 40 durchgeführt. Die konkreten artenschutzrechtlichen Belange des Abrisses der Hochbrücke wurden ebenso in einem gesonderten Verfahren schon abgearbeitet. Auch fand in diesem Kontext eine Biotopkartierung statt.
Für die Umweltprüfung des Aufhebungsverfahrens sind somit keine weiteren Untersuchungen hinsichtlich der naturschutzfachlichen Belange erforderlich.

2. **Klimaökologie, lokales Klima**
Seitens der Klimaökologie und des lokalen Klimas sind keine weiteren vertiefenden Untersuchungen im Rahmen des Aufhebungsverfahrens erforderlich.

3. **Altlasten, Bodenschutz**
Gegen die Aufhebung des H 40 bestehen aus bodenschutzrechtlicher Sicht keine Bedenken. Sie entfaltet keine Konfliktwirkung auf die vorhandenen Altstandorte und Verdachtsflächen. Weitere Untersuchungen sind somit entbehrlich.

4. **Wasserwirtschaft, Niederschlagswasserversickerung**
Teile des Geltungsbereiches liegen innerhalb des festgesetzten Überschwemmungsgebietes (ÜSG) „Gonsbach / Aubach". Das Überschwemmungsgebiet ist in den Umweltbericht nachrichtlich zu übernehmen. Die Karte mit dem betreffenden Abschnitt des ÜSG sowie die Rechtsverordnung liegen zur Information bei.
Auswirkungen auf das Aufhebungsverfahren sind nicht erkenntlich.

5. **Schallschutz**
Durch die bereits erfolgte Außerbetriebnahme der Hochstraße verteilen sich deren Verkehre im Straßennetz.
Die schalltechnischen Auswirkungen wurden gutachtlich untersucht. („Schalltechnische Untersuchung zur Außerbetriebnahme der Hochstraße in Mainz Mombach", Ingenieurbüro Pies, 07.01.2019, sowie ergänzende „Neuberechnung der Verkehrsgeräuschemissionen Mombacher Str. Hausnummer 101, 103, 105, 107, 109" vom 31.07.2023.)
In den durchgeführten Untersuchungen wurden Ansprüche auf die Erstattung von Schallschutzmaßnahmen festgestellt. Diese wurden in einem separaten Verfahren bereits abgewickelt. Die Aufhebung des Bebauungsplans löst keine schalltechnischen Konflikte aus, da diese bereits zur Außerbetriebnahme der Hochstraße ermittelt und gelöst wurden.

6. **Luftreinhaltung**
Eine mögliche Mehrbelastung, insbesondere der Anwohner:innen in der Mombacher Straße im Bereich des B-Plans H 40 durch Abgase des Verkehrs, der vormals über die Hochbrücke geführt

wurde, besteht seit Juli 2021 (Sperrung der Hochbrücke) und wird sich durch die formelle Aufhebung des B-Plans H 40 nicht (weiter) ändern. Hinweise hierzu hatten wir insb. in unserer Stellungnahme v. 03.04.2023 zum B-Plan H 102 gegeben. Immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen der 4. Bundes-Immissionsschutzverordnung sind im Bereich des B-Plans H 40 nicht vorhanden. Insofern bestehen von unserer Seite keine weiteren Bedenken gegen die Aufhebung des B-Plans H 40.
Bezüglich der Belange der 12. BImSchV (Störfallverordnung) empfehlen wir ggf. die Beteiligung der hierfür zuständigen oberen Immissionsschutzbehörde (SGD Süd). Nach den hier vorliegenden Informationen wurde der in 2022 genehmigte Wasserstofftank der Firma Schott Ende 2024 wieder rückgebaut. Eine Betroffenheit des B-Plan-Gebiets zu störfallrechtlich relevanten Anlagen existiert demnach derzeit lediglich weiterhin für die nördlichste Spitze des B-Plans H 40 durch den Achtungsabstand des Betriebs der Firma Prefere Paraform.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Anlagen

- Rechtsverordnung zur Feststellung des Überschwemmungsgebietes an den Gewässern III. Ordnung Gonsbach und Aubach für das Gebiet der kreisfreien Stadt Mainz
- Karte Überschwemmungsgebiet Gonsbach/ Aubach, Blatt 1/Hartenberg

Rechtsverordnung zur Feststellung des Überschwemmungsgebietes an den Gewässern III. Ordnung Gonsbach und Aubach für das Gebiet der kreisfreien Stadt Mainz

- Rechtsverordnung Überschwemmungsgebiet Gonsbach Aubach -

Aufgrund des § 76 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) und des § 88 Abs. 1 des Wassergesetzes für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz – LWG) vom 22. Januar 2004 (GVBl. S. 54), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. November 2011 (GVBl. S. 402), wird durch die Stadt Mainz als zuständige Untere Wasserbehörde, nach Kenntnisnahme durch den Stadtrat am 5. September 2012, Folgendes verordnet:

§ 1
Grundlage

(1) Für den Gonsbach und den Aubach, Gewässer III. Ordnung, wird im Bereich der kreisfreien Stadt Mainz ein Überschwemmungsgebiet festgestellt.

(2) Die Feststellung des Überschwemmungsgebietes dient

- der Regelung des Hochwasserabflusses, insbesondere dem schadlosen Abfluss des Hochwassers und der für den Hochwasserschutz erforderlichen Wasserrückhaltung,
- der Erhaltung oder der Verbesserung der ökologischen Struktur des Gewässers und seiner Überflutungsflächen,
- der Verhinderung erosionsfördernder Eingriffe,
- der Erhaltung oder Wiederherstellung natürlicher Rückhalteflächen und
- der Vermeidung und Minderung von Schäden durch Hochwasser.

§ 2
Geltungsbereich

(1) Das Überschwemmungsgebiet erstreckt sich rechts- und linksseitig des Gewässers (beginnend südlich der Quelle des Aubachs bei Layenhof über den Zusammenfluss mit dem Königsbornbach bei Finthen bis zur Verrohrung in Mainz-Mombach) auf Flurstücken und Grundstücken in der kreisfreien Stadt Mainz.

(2) Der Geltungsbereich der Verordnung ist in folgenden, mit dem Feststellungsvermerk der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd als Obere Wasserbehörde versehenen Planunterlagen dargestellt:

I. Textteil:

1. Erläuterungsbericht der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd vom Februar 2012

II. Kartenteil:

1. Übersichtskarte, Maßstab 1: 25.000

2. Kartenblätter 1-8, Maßstab 1: 2.500

(3) Die Planunterlagen sind Bestandteil dieser Rechtsverordnung.

(4) Bei der
Stadtverwaltung Mainz
17- Umweltamt
Geschwister-Scholl-Str. 4
Bau C, Zimmer 23
55131 Mainz

liegt eine Ausfertigung dieser Verordnung einschließlich der archivmäßig zu sichernden Übersichts- und Kartenblätter zu jedermanns kostenloser Einsichtnahme während der üblichen Dienststunden aus.

§ 3
Darstellung

(1) In den Planunterlagen sind dargestellt:
- der Gewässerlauf als tiefblaues Farbband
- die Grenze des Überschwemmungsgebietes als rote durchgezogene Linie, die Fläche ist mittelblau hinterlegt,
- der Verlauf der nachrichtlichen Grenze der durch Überschwemmung gefährdeten Gebiete als rote punktierte Linie, die Fläche ist hellblau hinterlegt.

(2) Die durch Überschwemmung gefährdeten Gebiete sind nachrichtlich in den Karten dargestellt. Bei diesen Gebieten handelt es sich um solche Gebiete, die bei Extremhochwasser oder beim Versagen von öffentlichen Hochwasserschutzeinrichtungen überschwemmt werden können. Die Verbote dieser Rechtsverordnung (§ 4) finden auf die durch Überschwemmung gefährdeten Gebiete keine Anwendung.

§ 4
Schutzvorschriften

(1) Im Überschwemmungsgebiet ist die Errichtung und Erweiterung von baulichen Anlagen nach den §§ 30, 34 und 35 des Baugesetzbuches verboten.

Die Stadtverwaltung Mainz als Untere Wasserbehörde kann auf Antrag unter den erforderlichen Bedingungen und Auflagen von den Verboten des Satzes 1 Ausnahmen zulassen, wenn im Einzelfall das Vorhaben

1. die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum zeitgleich ausgeglichen wird,
2. den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert,
3. den bestehenden Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt und
4. hochwasserangepasst ausgeführt wird

oder wenn die nachteiligen Auswirkungen durch Auflagen oder Bedingungen ausgeglichen werden können.

In den nach § 5 Abs. 2 dieser Verordnung neu ausgewiesen Gebieten gemäß § 30 des Baugesetzbuches gilt für die Errichtung und Erweiterung von baulichen Anlagen die Ausnahmegenehmigung als erteilt, soweit diese den Vorgaben des Bebauungsplanes entsprechen. Die Vorhaben sind der Stadtverwaltung Mainz als Untere Wasserbehörde rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme anzuzeigen.

(2) Im Überschwemmungsgebiet ist, soweit es sich nicht um notwendige Maßnahmen des Unterhaltungspflichtigen für das Gewässer handelt, die dem Ausbau, der Unterhaltung oder der Benutzung von Gewässern und Deichen dienen, untersagt:

1. das Errichten von Mauern, Wällen oder ähnlichen Anlagen quer zur Fließrichtung des Wassers,
2. das Aufbringen und Ablagern von wassergefährdenden Stoffen auf den Boden, es sei denn, die Stoffe dürfen im Rahmen einer ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft eingesetzt werden,
3. die Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder die fortgeschwemmt werden können,
4. das Erhöhen oder Vertiefen der Erdoberfläche,
5. das Anlegen von Baum- oder Strauchpflanzungen, soweit diese den Zielen des vorbeugenden Hochwasserschutzes entgegenstehen,
6. die Umwandlung von Grünland in Ackerland (eine Erneuerung der Grasnarbe durch eine Neusaat ist kein Grünlandumbruch und somit zulässig),
7. die Umwandlung von Auwald in eine andere Nutzungsart.

Die Stadtverwaltung Mainz als Untere Wasserbehörde kann Maßnahmen nach Satz 1 Nummer 1 bis 7 ausnahmsweise zulassen, wenn

1. Belange des Wohls der Allgemeinheit dem nicht entgegenstehen, der Hochwasserabfluss und die Hochwasserrückhaltung nicht wesentlich beeinträchtigt werden und
2. eine Gefährdung von Leben oder erhebliche Gesundheits- oder Sachschäden nicht zu befürchten sind oder die nachteiligen Auswirkungen ausgeglichen werden können.

(3) Die Verlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen im Überschwemmungsgebiet ist dann genehmigungsfrei, wenn das ursprüngliche Geländeniveau nach Abschluss der Bauarbeiten wieder hergestellt wird.
Die Baumaßnahmen sind der Stadtverwaltung Mainz als Untere Wasserbehörde rechtzeitig vor Baubeginn anzuzeigen.

§ 5
Bauleitplanung
im Überschwemmungsgebiet

(1) In Überschwemmungsgebieten dürfen durch Bauleitpläne oder sonstige Satzungen nach dem Baugesetzbuch keine neuen Baugebiete ausgewiesen werden.

(2) Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd als Obere Wasserbehörde, kann die Ausweisung neuer Baugebiete nach Satz 1 ausnahmsweise zulassen, wenn

1. keine andere Möglichkeiten der Siedlungsentwicklung bestehen oder geschaffen werden können,
2. das neu auszuweisende Gebiet unmittelbar an ein bestehendes Baugebiet angrenzt,
3. eine Gefährdung von Leben, erhebliche Gesundheits- oder Sachschäden nicht zu erwarten sind,
4. der Hochwasserabfluss und die Höhe des Wasserstandes nicht nachteilig beeinflusst werden,
5. die Hochwasserrückhaltung nicht beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum umfang-, funktions- und zeitgleich ausgeglichen wird,
6. der bestehende Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt wird,
7. keine nachteiligen Auswirkungen auf Oberlieger und Unterlieger zu erwarten sind,
8. die Belange der Hochwasservorsorge beachtet sind und
9. die Bauvorhaben so errichtet werden, dass bei dem Bemessungshochwasser, das der Festsetzung des Überschwemmungsgebietes zu Grunde gelegt wurde, keine baulichen Schäden zu erwarten sind.

§ 6
Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 103 Abs. 1 Nr. 16 WHG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen den Regelungen des § 4 Abs. 1 bis 4 dieser Verordnung Handlungen im Überschwemmungsgebiet vornimmt.

§ 7
Inkrafttreten

Die Rechtsverordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Mainz, 04.012013
Stadtverwaltung Mainz

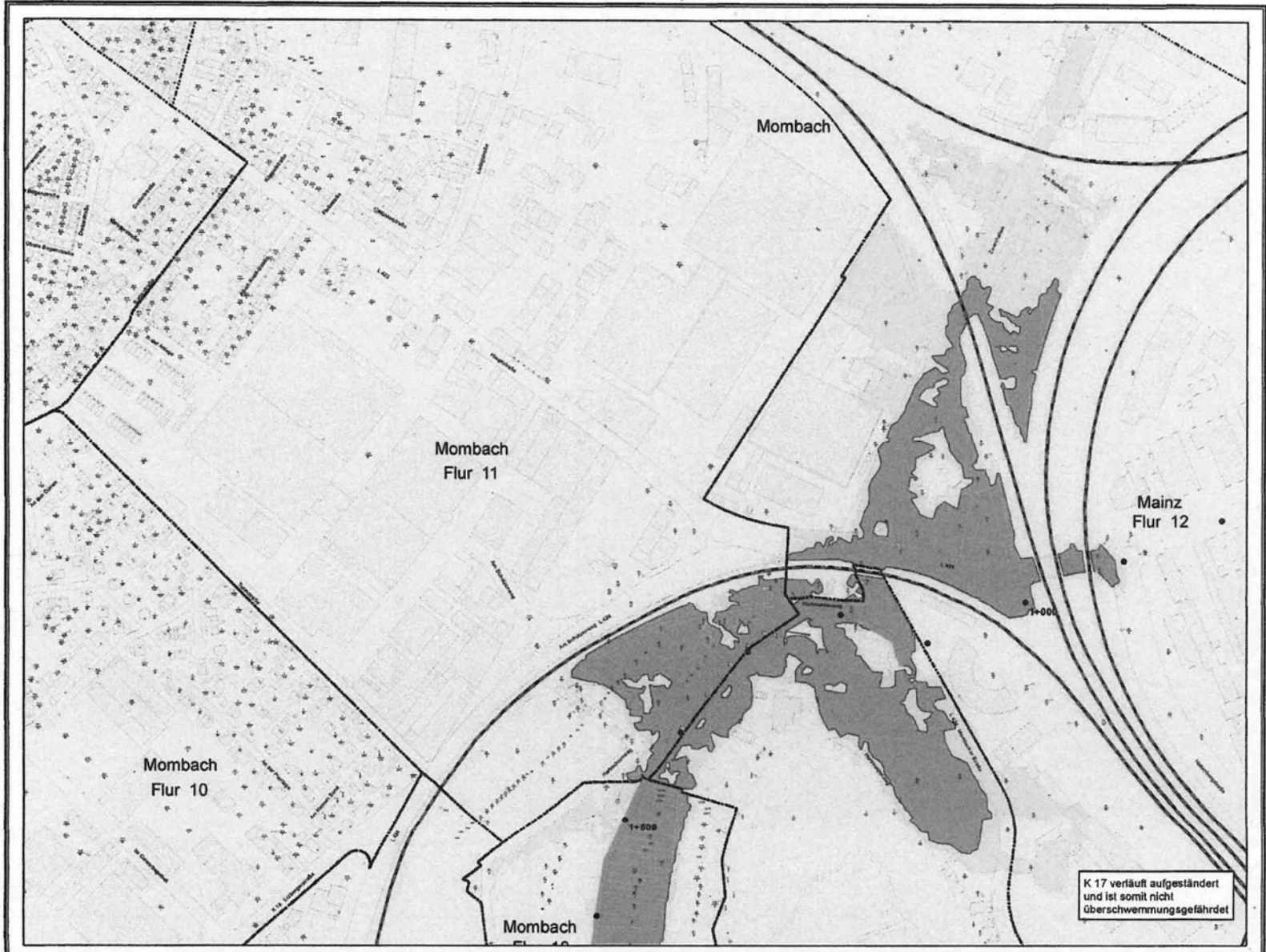
gez.

Michael Ebling
Oberbürgermeister

*) Die Veröffentlichung erfolgte am 18.01.2013

Wasserwirtschaftsverwaltung Rheinland-Pfalz
Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd

Karte des Überschwemmungsgebietes
Gonsbach / Aubach



Zeichenerklärung

- Überschwemmungsgefährdetes Gebiet
- Überschwemmungsgebiet
- Gewässer
- 6+500 Kilometrierung
- Ortslagen
- Schienenverkehr

N

1 cm auf der Karte entsprechen 25 m in der Natur

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd
Überschwemmungsgebiet
Gonsbach / Aubach
Blatt 1 / Hartenberg

Kreisfreie Stadt Mainz

Aufgestellt:

SGD Süd, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Mainz
Mainz, Februar 2012

gez. Christian Staudt

Datenverarbeitung und Kartographie:
ip AG, Ludolfstraße 90 a, 67509 Keidelsheim
www.ip-ag.de

Amtliche Kartengrundlage:
Darstellung auf der Grundlage digitaler Daten des Landesamtes für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz

25871

TÖB 3

61 [illegible]
Zu den lfd. Akten
Mainz, 16.05.25

AW: Aufhebungsverfahren "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt - Aufhebung (H 40/A)", hier: Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange § 4 Abs. 1 BauGB

Baurecht-Mitte an toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de 15.05.2025 06:38
Gesendet von "Constanze Wagner" <Constanze.Wagner@deutschebahn.com>

Sehr geehrte Frau Avenarius,

im Anhang erhalten Sie unsere Stellungnahme zu o. g. Vorhaben.

Mit freundlichen Grüßen

Constanze Wagner
Baurecht I, CR.R 31

Deutsche Bahn AG
Karlstr. 6, 60329 Frankfurt a. Main

Festnetz: +49 69 265 29586
Fax: 06926541379
MS Teams: Chat | Call

www.deutschebahn.com/Baurechtsverfahren

Stadtverwaltung Ma
61 - Stadtplanungsa

Eingang: 19. Mai 2025

Antw. Dez.	z. d. lfd. A			Wvl.		
Abt.:	0		1		2	
SG:	0	1	2	3	4	5	6
SB:	0	1	2	3	4	5	6

Von: Lara.Avenarius@stadt.mainz.de <Lara.Avenarius@stadt.mainz.de> **Im Auftrag von** toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de
Gesendet: Freitag, 11. April 2025 09:50
An: Lara.Avenarius@stadt.mainz.de
Cc: Christoph.Rosenkranz@stadt.mainz.de; Ralf.Groh@stadt.mainz.de
Betreff: Aufhebungsverfahren "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt - Aufhebung (H 40/A)", hier: Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange § 4 Abs. 1 BauGB

Sie erhalten nicht häufig E-Mails von toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de. Erfahren Sie, warum dies wichtig ist

Aktz. 61 26 HM A 40

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß § 4 Abs. 1 BauGB informieren wir Sie über die Aufstellung der Satzung "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt - Aufhebung (H 40/A)" zur Aufhebung des Bebauungsplanes "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt (H 40)" im Sinne des § 1, § 4

und § 9 BauGB und bitten Sie um Stellungnahme für den Ihnen obliegenden Aufgabenbereich besonders im Hinblick auf die erforderliche Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB.

Ihre Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung soll dazu beitragen, den Umfang und den Detaillierungsgrad für die Umweltprüfung festzustellen. Bitte verwenden Sie nach Möglichkeit das im Internet eingestellte Formblatt.
Ihre Antwort richten Sie bitte an folgende Adresse:
toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de

Die vorliegende Planung befindet sich noch im Verfahren und ist noch nicht rechtsverbindlich bzw. wirksam; sie darf weder an Dritte weitergegeben noch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Wir erwarten Ihre Stellungnahme bis zum 14.05.2025.

Die Unterlagen sind ab dem 11.04.2025 im Internet einsehbar.

Mit folgenden Schritten gelangen Sie zu den Unterlagen:

1. www.mainz.de/stadtplanungsamtaufrufen,

2. Rubrik "Frühzeitige Behördenbeteiligung" auswählen,

3. Link zu o. g. Bauleitplanverfahren anklicken,

4. Folgende Zugangsdaten eingeben:

Name:
Passwort :

5. Das Kartenfenster öffnet sich mit Darstellung des Plangebietes. Sodann erst auf den Info-Button und dann auf das Plangebiet klicken. Es öffnet sich ein Fenster mit den erforderlichen pdf-Dateien.

6. Auf den Link zur jeweiligen pdf-Datei klicken und erneut die Zugangsdaten eingeben.

Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Zugangsdaten (Name und Passwort) ausschließlich für Ihre Behörde / Dienststelle bestimmt sind und eine Weitergabe an Dritte nicht gestattet ist.

Soweit dies zum jetzigen Verfahrensstand möglich ist, werden die städtischen Fachämter gebeten, sämtlich Kosten und Folgekosten, die aus dem Bauleitplanverfahren entstehen so detailliert wie möglich anzugeben. Hierbei sollte nach umlagefähigen und nicht umlagefähigen Kosten unterschieden werden. Orientierung bietet hier die Checkliste „Kosten für Baulandproduktion", die am 17.01.2006 im Wirtschaftsausschuss beraten wurde.

Ergänzend möchten wir Sie zum Erörterungstermin (Scoping)

am Dienstag, 13.05.2025, 10:00 Uhr, Zitadelle / Bau A - 0Z.006 - Besprechungsraum

einladen. Dieser Termin gilt gleichzeitig als Vorkoordinierung.

Zum Anhörverfahren gemäß § 4 Abs. 2 BauGB werden Sie zu gegebener Zeit mit gesonderter E-Mail zur Abgabe Ihrer ausführlichen Stellungnahme aufgefordert.

Ansprechpartner:in für Rückfragen zu o. g. Verfahren:

Lara Avenarius
Stadtplanungsamt
Abteilung Stadtplanung
Tel 0 61 31 - 12 32 48
Fax 0 61 31 - 12 26 71
toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de

Mit freundlichen Grüßen

Landeshauptstadt Mainz
Stadtplanungsamt / Abteilung Stadtplanung
Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange
toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de
Postfach 38 20 55028 Mainz
www.mainz.de

Information zur Verwendung Ihrer Daten: www.mainz.de/dsgvo

Pflichtangaben anzeigen

Nähere Informationen zur Datenverarbeitung im DB-Konzern finden Sie hier:

https://www.deutschebahn.com/de/konzern/datenschutz S 205401 TÖB BP Mainz.pdf

DB AG - DB Immobilien
Baurecht I
CR.R O41
Karlstraße 6
60329 Frankfurt
www.deutschebahn.com/Eigentumsmanagement

DB AG - DB Immobilien
Karlstraße 6, 60329 Frankfurt

Landeshauptstadt Mainz
Stadtplanungsamt
Postfach 38 20

55028 Mainz

Baurecht-mitte@deutschebahn.com

Aktenzeichen: TÖB-RP-25-205401/Wg
Ihre Nachricht vom: 11.04.2025
Ihr Zeichen: 61 26 HM A 40
Bearbeiter: Lara Avenarius

13.05.2025

Aufstellung der Satzung "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt - Aufhebung (H 40/A)" zur Aufhebung des Bebauungsplanes "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt (H 40)"

hier: Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange § 4 Abs. 1 BauGB

Bahnstrecke 3523: Morschheim-Mainz, ca. km 47,8 bis 48,7 rechts der Bahn

Sehr geehrte Frau Avenarius,

auf Basis der uns vorliegenden Unterlagen übersendet die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von der DB InfraGO AG (ehemals DB Netz AG/ DB Station & Service AG) und der DB Energie GmbH bevollmächtigtes Unternehmen, hiermit folgende Gesamtstellungnahme als Träger öffentlicher Belange zum Aufhebungsverfahren "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt - Aufhebung (H 40/A)".

Die sich aus dem Vorhaben ergebenden weiteren Maßnahmen dürfen keine negativen Auswirkungen auf den betroffenen Streckenabschnitt der Bahnstrecke 3523 km 47,8 bis km 47,7 sowie auf das Standortgelände des Anlagen- und Instandhaltungsmanagement Mainz der DB InfraGO AG in der Mombacher Straße haben.

In der Begründung der Stadt Mainz wird mehrfach auf den Abriss der bereits gesperrten Hochstraße eingegangen. Ebenso ist richtig dargestellt, dass die Hochstraße an 3 Punkten verschiedene Bahnlinien im Mainzer Stadtgebiet kreuzt. Dass der Abriss der Hochstraße geplant ist, ist der DB InfraGO AG bekannt, jedoch hat man in der jüngeren Vergangenheit hierzu nichts mehr seitens der Stadt Mainz gehört.

Deutsche Bahn AG | Sitz: Berlin | Registergericht: Berlin-Charlottenburg
HRB 50 000 | USt-IdNr.: DE 811569869 | Vorsitz des Aufsichtsrats: Werner Gatzer
Vorstand: Dr. Richard Lutz (Vorsitz), Dr. Levin Holle, Berthold Huber, Dr. Daniela Gerd tom Markotten, Dr. Sigrid Evelyn Nikutta, Evelyn Palla, Dr. Michael Peterson, Martin Seiler

Unser Anliegen:
DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE STARKE SCHIENE

Nähere Informationen zur Datenverarbeitung im DB-Konzern finden Sie hier: www.deutschebahn.com/datenschutz

In der Begründung der Stadt Mainz steht u.a. folgendes:

4.3 Rahmenplan "Bereich Mombacher Hochstraße"

Im Zuge des geplanten Rückbaus der Mainzer Hochstraße, beabsichtigt die Stadt Mainz einen städtebaulichen Rahmenplan "Bereich Mombacher Hochstraße" aufzustellen. Dessen genaue Inhalte stehen aktuell noch nicht fest und sind ebenfalls in der Erarbeitung.

Die Ziele der Rahmenplanung sowie das übergeordnete Leitbild werden durch die Satzung "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt – Aufhebung (H 40/A)" nicht berührt.

Die Stadt Mainz ist aufgefordert, auf das Anlagen- und Instandhaltungsmanagement Mainz der DB InfraGO AG mit dem dafür erforderlichen Vorlauf zuzugehen und die Planungen zum Rückbau der Hochstraße und die daraus resultierenden temporären Einschränkungen für die Kreuzungspunkte zu besprechen (Ihr Ansprechpartner: Andreas Hackbarth, DB InfraGo AG, Mombacher Straße 54, 55122 Mainz, Telefon: +49 6131 15 21210, Mobil: +49 1523-2188478, Mail: Andreas.Hackbarth@deutschebahn.com).

Mit freundlichen Grüßen

DB AG - DB Immobilien

i.V. i.A. Constanze Wagner

Digital unterschrieben von Constanze Wagner
Datum: 2025.05.13 08:41:08 +02'00'

+++ Datenschutzhinweis: Aus aktuellem Anlass möchten wir Sie darauf hinweisen, dass die in Stellungnahmen des DB Konzerns enthaltenen personenbezogenen Daten von DB Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vor- und Nachname, Unterschriften, Telefon, E-Mail-Adresse, Postanschrift) vor der öffentlichen Auslegung (insbesondere im Internet) geschwärzt werden müssen. +++

Chatbot Petra steht Ihnen bei allgemeinen Fragen rund um immobilienrelevante Angelegenheiten gerne zur Verfügung.
Nutzen Sie dafür folgenden Link oder den QR-Code: https://chatbot-petra.tech.deutschebahn.com/

25871

61 26 TÖB 4

Zu den lfd. Akten

Mainz, 11.04.25

AW: Aufhebungsverfahren "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt - Aufhebung (H 40/A)", hier: Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange § 4 Abs. 1 BauGB

Schindler, Thomas (GDKE) an toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de 11.04.2025 10:36

Von "Schindler, Thomas (GDKE)" <thomas.schindler@gdke.rlp.de>
An "toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de" <toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de>

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben das unten angekündigte Vorhaben zur Kenntnis genommen. Aus Sicht der Denkmalfachbehörde GDKE/Direktion Landesarchäologie/Erdgeschichtliche Denkmalpflege bestehen hiergegen keine Bedenken.
Am weiteren Verfahren müssen wir nicht mehr beteiligt werden.
Diese Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die Belange der Erdgeschichtlichen Denkmalpflege. Gesonderte Stellungnahmen der Direktion Landesarchäologie/Fachbereich Praktische Denkmalpflege Mainz und der Direktion Landesarchäologie/Außenstelle Mainz bleiben vorbehalten und sind ggf. noch einzuholen.

Stadtverwaltung Mainz
61 - Stadtplanungsamt

Eingang: 14. Mai 2025

Antw. Dez.	z. d. lfd. A	Wvl.	R
Abt.:	0 1 2 3 4		
SG:	0 1 2 3 4 5 6 7 8 9		
SB:	0 1 2 3 4 5 6 7 8 9		

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Thomas Schindler
--
Dr. Thomas Schindler
-Leiter-
Erdgeschichtliche Denkmalpflege
Direktion Landesarchäologie

GENERALDIREKTION KULTURELLES ERBE
RHEINLAND-PFALZ

Hausanschrift
Große Langgasse 29
D-55116 Mainz

Postanschrift
Postfach 2011
55010 Mainz

Telefon 06131-2016-414
thomas.schindler@gdke.rlp.de
www.gdke.rlp.de

Die in dieser E-Mail und den dazugehörigen Anhängen (zusammen die „Nachricht") enthaltenen Informationen sind nur für den Adressaten bestimmt und können vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen enthalten. Sollten Sie die Nachricht irrtümlich erhalten haben löschen Sie die Nachricht bitte und benachrichtigen

192

Sie den Absender, ohne die Nachricht zu kopieren oder zu verteilen oder ihren Inhalt an andere Personen weiterzugeben.

Von: Lara.Avenarius@stadt.mainz.de <Lara.Avenarius@stadt.mainz.de> **Im Auftrag von** toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de
Gesendet: Freitag, 11. April 2025 09:50
An: Lara.Avenarius@stadt.mainz.de
Cc: Christoph.Rosenkranz@stadt.mainz.de; Ralf.Groh@stadt.mainz.de
Betreff: Aufhebungsverfahren "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt - Aufhebung (H 40/A)", hier: Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange § 4 Abs. 1 BauGB

Aktz. 61 26 HM A 40

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß § 4 Abs. 1 BauGB informieren wir Sie über die Aufstellung der Satzung "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt - Aufhebung (H 40/A)" zur Aufhebung des Bebauungsplanes "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt (H 40)" im Sinne des § 1, § 4 und § 9 BauGB und bitten Sie um Stellungnahme für den Ihnen obliegenden Aufgabenbereich besonders im Hinblick auf die erforderliche Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB.

Ihre Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung soll dazu beitragen, den Umfang und den Detaillierungsgrad für die Umweltprüfung festzustellen. Bitte verwenden Sie nach Möglichkeit das im Internet eingestellte Formblatt.
Ihre Antwort richten Sie bitte an folgende Adresse:
toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de

Die vorliegende Planung befindet sich noch im Verfahren und ist noch nicht rechtsverbindlich bzw. wirksam; sie darf weder an Dritte weitergegeben noch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Wir erwarten Ihre Stellungnahme bis zum 14.05.2025.

Die Unterlagen sind ab dem 11.04.2025 im Internet einsehbar.

Mit folgenden Schritten gelangen Sie zu den Unterlagen:

1. www.mainz.de/stadtplanungsamtaufrufen,

2. Rubrik "Frühzeitige Behördenbeteiligung" auswählen,

3. Link zu o. g. Bauleitplanverfahren anklicken,

4. Folgende Zugangsdaten eingeben:

Name:
Passwort :

5. Das Kartenfenster öffnet sich mit Darstellung des Plangebietes. Sodann erst auf den Info-Button und dann auf das Plangebiet klicken. Es öffnet sich ein Fenster mit den erforderlichen pdf-Dateien.

6. Auf den Link zur jeweiligen pdf-Datei klicken und erneut die Zugangsdaten eingeben.

Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Zugangsdaten (Name und Passwort) ausschließlich für Ihre Behörde / Dienststelle bestimmt sind und eine Weitergabe an Dritte nicht gestattet ist.

Soweit dies zum jetzigen Verfahrensstand möglich ist, werden die städtischen Fachämter gebeten, sämtlich Kosten und Folgekosten, die aus dem Bauleitplanverfahren entstehen so detailliert wie möglich anzugeben. Hierbei sollte nach umlagefähigen und nicht umlagefähigen Kosten unterschieden werden. Orientierung bietet hier die Checkliste „Kosten für Baulandproduktion", die am 17.01.2006 im Wirtschaftsausschuss beraten wurde.

Ergänzend möchten wir Sie zum Erörterungstermin (Scoping)

am Dienstag, 13.05.2025, 10:00 Uhr, Zitadelle / Bau A - 0Z.006 - Besprechungsraum

einladen. Dieser Termin gilt gleichzeitig als Vorkoordinierung.

Zum Anhörverfahren gemäß § 4 Abs. 2 BauGB werden Sie zu gegebener Zeit mit gesonderter E-Mail zur Abgabe Ihrer ausführlichen Stellungnahme aufgefordert.

Ansprechpartner:in für Rückfragen zu o. g. Verfahren:

Lara Avenarius
Stadtplanungsamt
Abteilung Stadtplanung
Tel 0 61 31 - 12 32 48
Fax 0 61 31 - 12 26 71
toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de

Mit freundlichen Grüßen

Landeshauptstadt
Mainz

Landeshauptstadt Mainz
Stadtplanungsamt / Abteilung Stadtplanung
Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange
toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de
Postfach 38 20 55028 Mainz
www.mainz.de

Information zur Verwendung Ihrer Daten: www.mainz.de/dsgvo

25871

61 26 H | TÖB 5

Zu den lfd. Akten

Mainz, 13.05.25

Aufstellung der Satzung "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt - Aufhebung (H40/A) zur Aufhebung des Bebauungsplanes "Stadtkerntangente I. Bauab-schnitt (H40)" der Stadt Mainz

Landesamt für Geologie und Bergbau 13.05.2025 09:07

An <toeb.stadtplanungsamt

Von "Landesamt für Geologie und Bergbau" <office@lgb-rlp.de>

An <<toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de>

1 Anhang

250374_V1_Stellungnahme.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie unsere Stellungnahme zum o.g. Vorhaben.

Mit freundlichen Grüßen
i.A. Sandra Diner

Landesamt für Geologie und Bergbau RLP
Emy-Roeder-Straße 5
55129 Mainz
Tel.: 06131 9254-114
Fax: 06131 9254-123
E-Mail: Sandra.Diner@lgb-rlp.de
Internet: www.lgb-rlp.de

Stadtverwaltung Mainz
61 - Stadtplanungsamt

Eingang: 14. Mai 2025

Antw. Dez.	z. d. lfd. A		Wvl.			R			
Abt.:	0		1		2		3		4	
SG:	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9
SB:	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9

19/11

RheinlandPfalz
LANDESAMT FÜR GEOLOGIE UND BERGBAU

ELEKTRONISCHER BRIEF

Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz
Postfach 10 02 55 | 55133 Mainz

Stadtverwaltung Mainz
Postfach 38 20
55028 Mainz

Emy-Roeder-Straße 5
55129 Mainz
Telefon +49 6131 9254 0
Telefax +49 6131 9254 123
Mail: office@lgb-rlp.de
www.lgb-rlp.de

13.05.2025

Mein Aktenzeichen Bitte immer angeben!	Ihr Schreiben vom	Telefon
3240-0374-25/V1 kp/sdr	11.04.2025 H 40/A	

Aufstellung der Satzung "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt - Aufhebung (H40/A) zur Aufhebung des Bebauungsplanes "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt (H40)" der Stadt Mainz

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Sicht des Landesamtes für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz (LGB) werden zum oben genannten Planvorhaben folgende Anregungen, Hinweise und Bewertungen gegeben:

Bergbau / Altbergbau:

Die Prüfung der hier vorhandenen Unterlagen ergab, dass im Geltungsbereich der Aufstellung der Satzung "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt - Aufhebung (H40/A) zur Aufhebung des Bebauungsplanes "Stadtkerntangente I. Bauabschnitt (H40)" kein Altbergbau dokumentiert ist und aktuell kein Bergbau unter Bergaufsicht erfolgt.

Das in Rede stehende Gebiet befindet sich innerhalb der Aufsuchungserlaubnis "Mainz" für Erdwärme. Inhaberin der Berechtigung ist die Firma EVI Energieversorgungsgesellschaft Ingelheim mbH, Rheinstraße 194 b in 55218 Ingelheim am Rhein.

Da wir über die genaueren Planungen und Vorhaben keine Kenntnisse besitzen, empfehlen wir Ihnen, sich mit der vorgenannten Inhaberin in Verbindung zu setzen.

Boden und Baugrund
– allgemein:

Da keine Eingriffe in den Baugrund geplant sind, bestehen aus ingenieurgeologischer Sicht keine Einwände.

- mineralische Rohstoffe:

Gegen das geplante Vorhaben bestehen aus rohstoffgeologischer Sicht keine Einwände.

Geologiedatengesetz (GeoIDG)

Nach dem Geologiedatengesetz ist die Durchführung einer Bohrung bzw. geologischen Untersuchung spätestens 2 Wochen vor Untersuchungsbeginn beim Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz (LGB) anzuzeigen. Für die Anzeige sowie die spätere Übermittlung der Bohr- und Untersuchungsergebnisse steht das Online-Portal Anzeige geologischer Untersuchungen und Bohrungen Rheinland-Pfalz unter

https://geoldg.lgb-rlp.de

zur Verfügung.

Weitere Informationen zum Geologiedatengesetz finden Sie auf den LGB Internetseiten sowie im Fragenkatalog unter

https://www.lgb-rlp.de/fachthemen/geologiedatengesetz/faq-geoldg.html

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Andreas Tschauder
Direktor

25871

61 26 H TÖB 6

Zu den lfd. Akten

Mainz, 29.04.25

Stgn SGD WAB, Aufhebung BBP Stadtkerntangente I. Abschnitt H 40-A, Mainz-Hartenberg

Sopp, Lisa (SGD Süd) an 'toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de' 29.04.2025 14:12

Von "Sopp, Lisa (SGD Süd)" <Lisa.Sopp@sgdsued.rlp.de>
An '"toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de"' <toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de>

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie die Stellungnahme der SGD Süd Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Mainz zur Aufhebung des im Betreff genannten Bebauungsplan als pdf-Datei im Anhang.

Die Stellungnahme erhalten Sie nicht noch zusätzlich auf postalischem Weg.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Stadtverwaltung Mainz
61 - Stadtplanungsamt

Eingang: 14. Mai 2025

Antw. Dez.	z. d. lfd. A	Wvl.	R
Abt.: 0	1	2	3	4
SG: 0 1 2 3 4 5 6 7 8 9
SB: 0 1 2 3 4 5 6 7 8 9

Freundliche Grüße aus Mainz
i.A.
--
Lisa Sopp

Kompetenzzentrum Hochwasservorsorge und Hochwasserrisikomanagement (KHH)

Abteilung 3 - Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz
Referat Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Mainz

STRUKTUR- UND GENEHMIGUNGSDIREKTION SÜD

Kleine Langgasse 3
55116 Mainz
Telefon 06131 - 2397 154
Telefax 06131 - 2397 155
lisa.sopp@sgdsued.rlp.de
www.sgdsued.rlp.de

--
Die E-Mail-Adresse ist aus technischen Gründen nicht für den Empfang signierter E-Mails geeignet.

Im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens werden auch personenbezogene Daten erfasst und gespeichert. Nähere Informationen hierzu und zu den aus der EU-Datenschutz-Grundverordnung resultierenden Rechten haben wir auf der Internetseite https://sgdsued.rlp.de/de/datenschutz/ < https://sgdsued.rlp.de/de/datenschutz/> bereitgestellt.

19 5



EXTERN_2025-04-29_Stgn_SGD_WAB,_Aufhebung_BBP_Stadtkerntangente_I._Abschnitt_H_40-A,_Mainz-Hartenberg.pdf

RheinlandPfalz
STRUKTUR- UND GENEHMIGUNGSDIREKTION SÜD

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd | Postfach 42 40 | 55032 Mainz

Landeshauptstadt Mainz
Stadtplanungsamt
Postfach 3820
55028 Mainz

Per Mail: toeb.stadtplanungsamt@stadt.mainz.de

REGIONALSTELLE WASSERWIRTSCHAFT, ABFALLWIRTSCHAFT, BODENSCHUTZ

Kleine Langgasse 3
55116 Mainz
Telefon 06131 2397-0
Telefax 06131 2397-155
Poststelle.Referat33@sgd-sued.rlp.de
www.sgdsued.rlp.de

29. April 2025

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
5133-0002#2025/0021-0111 33	11.04.2025 Az: 61 26 HM A 40	Lisa Sopp Lisa.Sopp@sgdsued.rlp.de	+49 6131 2397-154 +49 6131 2397-155

Aufhebungsverfahren „Stadtkerntangente I. Abschnitt – Aufhebung (H 40/A)", Mainz-Hartenberg

Hier: Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 11.04.2025 baten Sie um Stellungnahme zu der o. g. Aufhebung des Bebauungsplan. Ich bitte die nachfolgenden Hinweise und Anregungen für das Verfahren zu beachten:

1. Allgemeine Wasserwirtschaft - Gewässer/Hochwasserschutz

Gegen die Aufhebung des Bebauungsplanes „Stadtkerntangente I. Bauabschnitt – Aufhebung (H 40)" bestehen aus Sicht der allgemeinen Wasserwirtschaft keine Bedenken.

Bei der weiteren Überplanung des Gebietes bitte ich darum, folgende Hinweise zu beachten:

Konto der Landesoberkasse:
Deutsche Bundesbank, Filiale Ludwigshafen
IBAN: DE79 5450 0000 0054 5015 05
BIC: MARKDEF1545

UST-ID-Nr.:
DE 305 616 575

Besuchszeiten:
Montag-Donnerstag
9.00–12.00 Uhr, 14.00–15.30 Uhr
Freitag 9.00–12.00 Uhr

Im Rahmen des Verwaltungsverfahrens werden personenbezogene Daten erfasst und gespeichert. Nähere Informationen finden Sie hierzu auf unserer Internetseite https://sgdsued.rlp.de/de/datenschutz/
Für eine formgebundene, rechtsverbindliche, elektronische Kommunikation nutzen Sie bitte die Virtuelle Poststelle der SGD Süd. Hinweise zu deren Nutzung erhalten Sie unter www.sgdsued.rlp.de

1.1 Gewässer/Hochwasserschutz

Im nördlichen Teil des Gebiets durchquert der Gonsbach (Gewässer III. Ordnung) das Gebiet. Er ist in diesem Abschnitt verrohrt.

Die Abflusskapazität der Gonsbachverrohrung ist begrenzt, sodass es bei seltenen Hochwasserereignissen zu Ausuferungen oberhalb der Verrohrung kommt.

Der nordwestliche Bereich des Gebietes liegt im gesetzlich festgesetzten Überschwemmungsgebiet (HQ100). Weiterhin weise ich darauf hin, dass sich fast das gesamte Gebiet im „Risikogebiet außerhalb von Überschwemmungsgebieten" befindet. Bei einem sehr außergewöhnlichen Hochwasserereignis (= HQ Extrem) ist mit der Flutung der gesamten Fläche zu rechnen.

1.2 Sturzflutgefährdung

Gemäß der Sturzflutgefahrenkarte besteht für Teile des Gebietes eine Sturzflutgefährdung nach Starkregenereignissen.

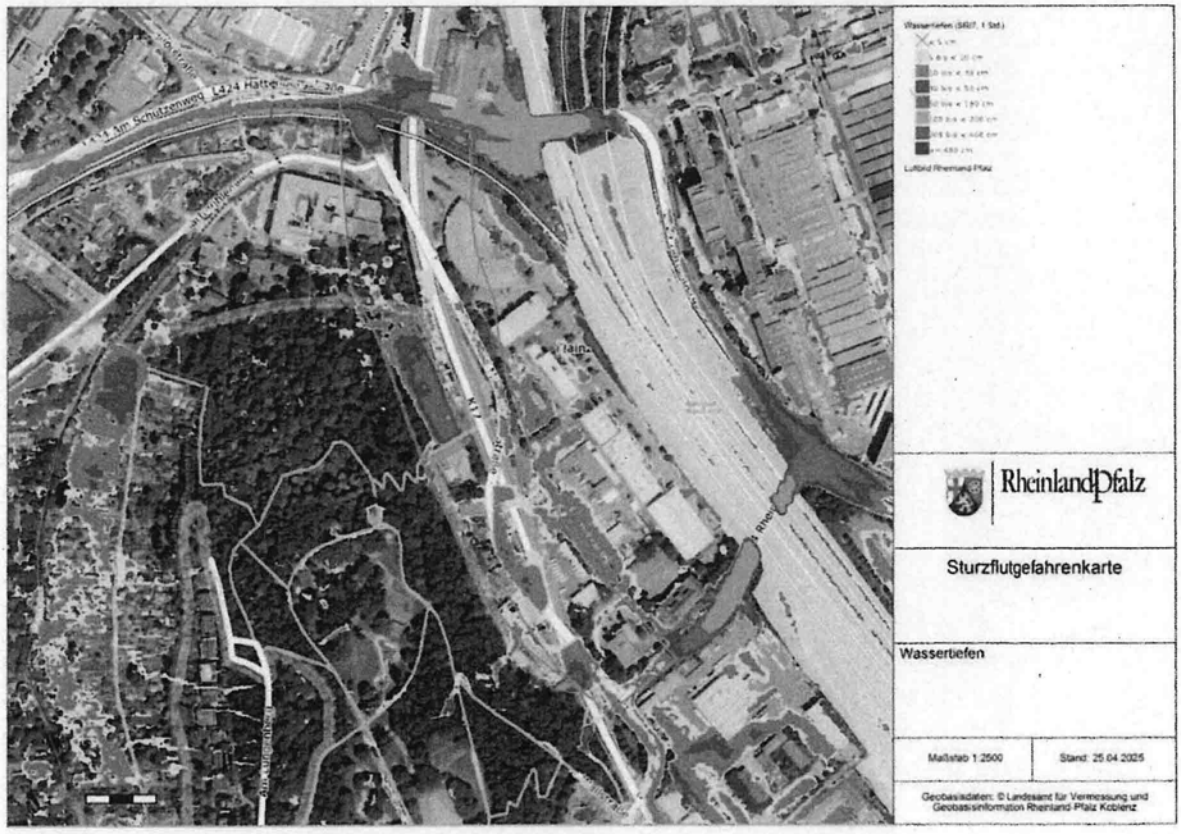


Abbildung 1: Sturzflutgefahrenkarte SRI 7, 1 Std. mit Wassertiefen

2. Abwasserbeseitigung

Keine Bedenken bzgl. der Aufhebung.

Bei einer B-Plan-Neuerstellung sollte die neue Entwässerungskonzeption gemäß den derzeit gesetzlichen Anforderungen gestaltet werden.

3. Bodenschutz

Gegen die Aufhebung bestehen keine Bedenken.

Der Geltungsbereich der Satzung „Stadtkerntangente I. Bauabschnitt – Aufhebung (H 40/A" überschneidet die folgenden, im Bodenschutzkataster verzeichneten bodenschutzrelevanten Flächen:

315 00 000

- 5072 / 000 – 00 ehem. Betriebswagenwerk, Mainz, Mombacher Str. 78-80:
  nicht altlastverdächtiger Altstandort (ASO nav)
- 5072 / 000 – 01 dekontaminierte Bereiche, ehem. Betriebswagenwerk, Mainz, Mombacher Str. 78-80:
  dekontaminierter Altstandort (d ASO)
- 5072 / 000 – 02 Lokschuppen nördlicher Teil, ehem. Betriebswagenwerk, Mainz, Mombacher Str. 78-80:
  hinreichend altlastverdächtiger Altstandort (ASO hv)
- 5072 / 000 – 03 Öllagerplatz, ehem. Betriebswagenwerk, Mainz, Mombacher Str. 78-80:
  altlastverdächtiger Altstandort (ASO av)
- 0003 / 008 – 00 Parkfläche, US-Dragoner-Kaserne Mainz, Rheingauwall
  nicht altlastverdächtiger Altstandort (ASO nav)
- 0003 / 008 – 01 Verfüllung ehem. Schwimmbecken im Südteil der Parkfläche, US-Dragoner-Kaserne Mainz, Rheingauwall:
  nicht verdächtige Verdachtsfläche (VF nv)
- 5104 / 000 – 00 ehem. DB-Kraftwagenbetriebswerk Mainz
  nicht eingestufter Altstandort
- 5145 / 000 – 00 ehem. Königliche Armee-Konserven-Fabrik, Mainz, Wallstr. 98:
  altlastverdächtiger Altstandort (ASO av)

Vorgenannte Verdachtsflächen und Altstandorte sind bei der Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes sowie in Baugenehmigungsverfahren zu berücksichtigen.
Darüber hinaus liegen ggf. im Verdachtsflächenkataster der Stadt Mainz weitere Eintragungen von Altstandorten und Verdachtsflächen vor, die bislang im Bodenschutzkataster nicht erfasst sind, die gleichfalls zu berücksichtigen sind.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Lisa Sopp

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.